

Beantwortung der Wahlprüfsteine durch die Linke in Thüringen

1. Wie wollen Sie das Missverhältnis beenden, dass die Investitionen in Kinder (Erziehungsarbeit und Sachkosten) den Eltern abverlangt werden, aber deren Ertrag (Altersversorgung) fast ausschließlich an Erwerbsarbeit gebunden wird?

DIE LINKE will eine grundsätzliche Neuausrichtung in der Rentenpolitik. Niemand darf im Alter arm sein, ganz gleich ob infolge von Berufsunfähigkeit, Zeiten von Arbeitslosigkeit oder Kindererziehung sowie Pflege und auch nicht in Abhängigkeit von der Dauer der Berufstätigkeit. Jede und jeder soll im Alter in Würde leben können.

Rentenpolitik ist Bundespolitik. Eine Landesregierung hat auf diesem Gebiet nur geringe Einflussmöglichkeiten.

Wir, DIE LINKE. Thüringen und Bodo Ramelow als Ministerpräsident, haben gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern unsere Möglichkeiten genutzt und uns im Bundesrat eingesetzt für die steuerfinanzierte Angleichung der sogenannten »Mütterrente« und die gleiche Anrechnung der Kindererziehungszeiten – auch für Kinder, die vor 1992 geboren wurden.

Wir werden diese Politik fortsetzen. Wir werden deshalb entsprechend dem LINKEN Rentenkonzept dafür eintreten, dass Zeiten der Erwerbslosigkeit und der Kindererziehung, besonders von Alleinerziehenden, sowie der Pflege besser abgesichert werden und uns für eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro einsetzen.

In Thüringen hat Rot-Rot-Grün die soziale Infrastruktur für Familien erhalten und ausgebaut. Unternehmen haben wir bei der Einführung familienfreundlicher Arbeitsplätze und –zeiten unterstützt. Wir haben bereits ein beitragsfreies Kindergartenjahr geschaffen und werden 2020 ein zweites Jahr beitragsfrei stellen. Das entlastet Familien im Durchschnitt um 3.000 Euro pro Kind. Wir haben die Familienförderung neu aufgestellt und die Thüringer Allianz für Familie und Beruf neu ausgerichtet.

Die Stärkung und Unterstützung der Familien bleibt auch künftig ein Schwerpunkt unserer Arbeit. DIE LINKE. Thüringen will mindestens ein drittes beitragsfreies Kindergartenjahr erreichen. Mittelfristig wollen wir die komplette Gebührenfreiheit frühkindlicher Bildung. Wir setzen uns für einen einen landesweiten Familienpass ein, damit Thüringer Familien gemeinsam und kostengünstig unsere kulturellen Schätze entdecken können. Der Familienpass wird die Vielfältigkeit von Familienformen respektieren. Außerdem stehen wir dafür, dass die besonderen Lebenslagen und Herausforderungen von Alleinerziehenden, Regenbogenfamilien und Mehrkindfamilien bei der Familienförderung noch besser berücksichtigt werden. Wir wollen gute Rahmenbedingungen für Familien in Stadt und Land.

2. Die gegenwärtige einseitige Finanzierung der Krippenbetreuung von Kleinkindern hat zu einer zusätzlichen Diskriminierung von Eltern geführt, die ihre Kinder selbst betreuen oder dies bei finanzieller Gleichstellung gerne tun würden. Was will Ihre Partei unternehmen, um dem vom Grundgesetz geforderten primären Erziehungsrecht der Eltern wieder Geltung zu verschaffen?

Wir haben das als Thüringer »Herdprämie« bekannte Landeserziehungsgeld der CDU abgeschafft. Dadurch wurden 20 Millionen Euro frei, die in den Ausbau von Kitas und den Einstieg in ein gebührenfreies Kita-Jahr geflossen sind. DIE LINKE. Thüringen steht für ein flächendeckendes, hochwertiges und gebührenfreies Angebot in der Kinderbetreuung. Alle Kinder haben einen Anspruch darauf, durch gute Bildung die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben zu erhalten. Das gilt von Anfang an. Jedes Kind soll beste Entwicklungsmöglichkeiten bekommen, unabhängig davon, wie hoch das Einkommen seiner Eltern ist.

Darum setzt sich die DIE LINKE. Thüringen dafür ein, die frühkindliche Bildung Schritt für Schritt gebührenfrei zu machen. Wir wollen die Qualität der Betreuung verbessern und setzen uns deshalb für mehr Personal in den Kindergärten ein.

3. Besonders deutlich werden die Strukturängel unseres Sozialsystems beim Elterngeldgesetz, das das Elterngeld als „Lohnersatz“ definiert und damit die Betreuung von Kleinkindern nicht als anzuerkennende Leistung bewertet, sondern auf eine Stufe mit Krankheit und Arbeitslosigkeit stellt. Durch diese Konstruktion werden ausgerechnet diejenigen Eltern benachteiligt, die das Geld besonders nötig brauchen, Junge, noch in Ausbildung oder im Berufseinstieg befindliche Eltern und Mehr-Kind-Eltern, die wegen der Betreuung älterer Kinder nicht oder weniger erwerbstätig waren, sind bis heute von dieser Fehlbewertung betroffen. Was will Ihre Partei für die grundsätzliche Anerkennung der Erziehungsarbeit in der Elternzeit tun?

Wir verweisen darauf, dass die Regelungen zum Elterngeld in die Kompetenz der Bundesgesetzgebung fallen. Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag hat bezüglich des Elterngelds Forderungen entwickelt, denen wir uns anschließen können:

- Das Elterngeld darf nicht auf andere Transferleistungen wie Hartz IV angerechnet werden.
- Zwölf Monate Elterngeldanspruch pro Elternteil (bzw. 24 Monate für Alleinerziehende): für Mütter und Väter soll ein nicht übertragbarer gleicher Anspruch auf jeweils zwölf, für Alleinerziehende 24, Monate geschaffen werden. Der Elternzeitanspruch wird in Form eines Elternzeitkontos gewährt.
- Flexibler Elterngeldbezug: Die Inanspruchnahme von Elterngeld soll auch in Teilabschnitten von mindestens zwei Monaten bis zur Vollendung des siebten Lebensjahres des Kindes und gleichzeitig von beiden Elternteilen ermöglicht werden. So wird eine möglichst gleiche Aufteilung der Erwerbs- als auch der Erziehungsarbeit begünstigt. Junge Väter sind dabei zu unterstützen, sich mehr um ihre Kinder zu kümmern.
- Vereinbarkeit Familie und Arbeitswelt stärken: Ein Teilelterngeldbezug soll Müttern und Vätern die Möglichkeit geben, Arbeitswelt und Verantwortung in der Familie besser zu vereinbaren. In diesem Fall gilt pro Monat Teilzeitelterngeldbezug nur ein halber Monat des Elterngeldanspruchs pro Elternteil als verbraucht. Für die Zeit nach dem Elterngeldbezug muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die familienfreundliche Gestaltung der Arbeitswelt und den bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesbetreuung unterstützt werden.
- Änderung der Wochenarbeitszeit beim Elterngeld PLUS, damit auch Alleinerziehende davon profitieren können.

4. Was wollen Sie tun, damit sich die Sozialpädagogik an den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Entwicklungspsychologie orientiert?

Ihre Aussage im Anschreiben und in ihrer Frage intendiert, dass in der Sozialpädagogik Tendenzen vorherrschen, die kleine Kinder in den ersten Schuljahren oder sogar im Kindergarten unter Missachtung ihrer persönlichen Entwicklungsreife in ihrer Intimsphäre verletzen und dass die Sozialpädagogik sich nicht an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiert. Das teilen wir nicht.